

SACHSEN

# Tip vom väterlichen Freund

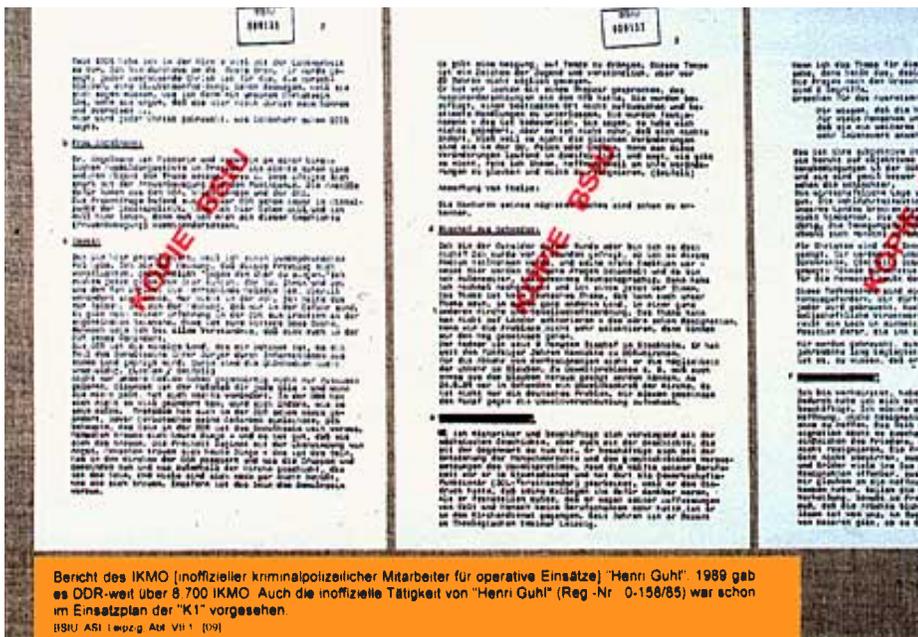
Geht es um die Stasi-Vergangenheit im eigenen Lager, schaut die sächsische CDU gezielt weg: Der ehemalige Fraktionsvorsitzende Herbert Goliash war IM „Henri Guhl“.



CDU-Politiker Goliash, Biedenkopf: „Als Privatmann haben Sie es leichter“

An historischer Stätte, im ehemaligen Leipziger Stasi-Hauptquartier, haben sächsische Bürgerrechtler ein kleines Museum der besonderen Art errichtet: Zu sehen sind, an fünf Tagen in der Woche, Exponate des DDR-Spitzelstaates.

Seit Juli des vergangenen Jahres zieht eine Ausstellung, wie aufwendig die Stasi die Leipziger Kirchentage observieren ließ. Schließlich galt die Heldenstadt schon immer als Heimat der Opposition. Mehr als 10 000 Besucher haben die Initiatoren bis heute gezählt. Auch die Spit-



Bericht des IKMO [inoffizieller kriminalpolizeilicher Mitarbeiter für operative Einsätze] 'Henri Guhl' 1989 gab es DDR-weit über 8 700 IKMO. Auch die inoffizielle Tätigkeit von 'Henri Guhl' (Reg.-Nr. O-158/85) war schon im Einsatzplan der 'K1' vorgesehen. BStU ARS | Leipzig Akt VII | 1991

Goliash-Berichte in der Leipziger Ausstellung: „Zu redselig gewesen“

zen der Landeskirche, der Programmbeirat der ARD und Politiker aus Bund und Land haben sich schon umgesehen. Nur der örtliche CDU-Landtagsabgeordnete, Herbert Goliash, 60, hat noch keine Zeit für einen Rundgang gefunden – obwohl er zu den Teilnehmern des Kirchentags 1989 zählte.

Dem Wirken Goliashs bei der christlichen Heerschau haben die Bürgerrechtler ein eigenes kleines Eckchen gewidmet. Schließlich gehörte Registriernummer O-158/85, Deckname „Henri Guhl“, zum Spähtrupp, der auf die Kirchenoberen angesetzt war. Zwei der Spitzelberichte von Guhl alias Goliash sind in voller Länge ausgestellt.

Doch nicht einmal die öffentliche Zurschaustellung dieser DDR-Aktivitäten haben Goliashs Karriere bis heute wirklich schaden können. Der Kumpel des Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf steht dem mächtigen Innenausschuß im Dresdner Landtag vor und zieht die Strippen im Rundfunkrat des Mitteldeutschen Rundfunks. In Leipzig läuft in der Union nichts ohne ihn.

Sachsen paradox: Während Union und SPD stasibelastete PDS-Abgeordnete sogar mit Hilfe des Verfassungsgerichts aus dem Landtag klagen wollen (SPIEGEL 12/1998), hat sich der zuständige Bewertungsausschuß bis heute nicht einmal dazu durchringen können, den einstigen CDU-Fraktionsvorsitzenden Goliash zu einer Stellungnahme aufzufordern.

Dabei sind dessen vielfältige Verbindungen zum DDR-Überwachungsapparat in Dresden seit Jahren bekannt. Ermittler des Generalbundesanwalts haben sich damit schon genauso beschäftigt wie das Bundeskriminalamt und der sächsische Verfassungsschutz. Irgendwie hat Goliash alles überstanden.

Dabei kam ihm die Unübersichtlichkeit seiner Geheimdienst-Kontakte zupaß: Stolz präsentiert der gelehrte Journalist, der beim Hauptvorstand der Block-CDU über die Linientreue der Parteizeitungen wachte, bis heute eine Einstellungsverfügung der Bundesanwaltschaft. Im Sommer 1994 war der damalige Fraktionschef in Verdacht geraten, für das Moskauer KGB seine Glaubensbrüder der DDR-Mormonengemeinde ausspioniert zu haben. Nach viermonatigen Ermittlungen stellten die Fahnder das Verfahren ein. Goliash sei nicht klar gewesen, daß seine Mitteilungen an die Sowjets weitergereicht wurden.

In dem Karlsruher Dossier fanden sich schon damals Dutzende von Hinweisen auf Goliashs Spitzeleien für die KI – die politische Abteilung der Kriminalpolizei. Die von Stasi-Leuten geführte Sonderabteilung kooperierte eng mit dem MfS. Strafbares ergab sich aus den Goliash-Aktivitäten damals allerdings nicht, die Akte landete im Archiv.

Nach dem glücklichen Ende der KGB-Episode beschloß die Sachsen-Union, sich

R. H. SEIBOLDT

M. JERNIGHEIM / TRANSDIST

für die bewegte Vergangenheit Goliasschs künftig nicht mehr so genau zu interessieren. Vorsorglich riet Biedenkopf dem Parteifreund nur, nicht mehr für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren: „Sie haben es als Privatmann einfacher.“ Goliassch nahm den Rat des „väterlichen Freundes“ an und verschwand vorübergehend auf die Hinterbank.

Fest entschlossen, den Kurs der eingeschränkten Wahrnehmung zu halten, ignorierte die CDU kurz danach auch erste Veröffentlichungen zu Goliasschs Karriere als Polizeispitzel (SPIEGEL 39/1994). Der gläubige Mormone, so schon damals der Verdacht, sei auf seine Brüder in der Leipziger Gemeinde angesetzt worden.

Goliassch dementierte. Nur nach Einbrüchen in Gemeindehäusern der Mormonen habe er mehrmals mit der Polizei zu tun gehabt. Vielleicht hätten die ihn ja „ohne sein Wissen abgeschöpft“. Selbst als die Berliner Gauck-Behörde den Verdacht im August 1996 untermauerte, passierte nichts. Die Stasi-Akten-Verwalter hatten in ihren Archiven eine Karteikarte mit Goliasschs Decknamen, dem Datum der Anwerbung und dem Namen des Führungsoffiziers, Hauptmann Thomas Steinberg, entdeckt. Sogar ein Vermerk, in dem die K-I-Oberen eine Westreise ihres IM („ehrlich und zuverlässig sowie politisch geschult“) befürworteten, wurde gefunden.

Die komplette Akte ließ sich in den Archiven trotz intensiver Suche nicht finden. Der Grund dafür ist simpel: Goliassch lieferte offenbar bis zum Ende der DDR Informationen an die Stasi-Hilfstruppe. Aber nur die Akten der stillgelegten Polizeispitzel hatte das Mielke-Ministerium in seinen Fundus übernommen.

Das schmale Dossier wurde dem für die Stasi-Überprüfung zuständigen Bewertungsausschuß des sächsischen Landtages übermittelt. Aber eine Große Koalition aus SPD und CDU entschied, Goliassch nicht weiter zu behelligen. Der CDU-Mann zum SPIEGEL: „Mich hat keiner gefragt.“

Nur durch Zufall förderte die Gauck-Behörde im vergangenen Jahr doch noch Überreste der Goliassch-Akte zutage. Forscher sichteten in der Behörde Unterlagen zur Geschichte der DDR-Mormonen und des Leipziger Kirchentags 1989. Immer wieder stießen sie auf Berichte eines besonders fleißigen IM: „Henri Guhl“.

In monatlichen Treffen mit seinem Führungsoffizier lieferte Goliassch Interna aus den Mormonengemeinden: personelle Veränderungen („der zweite Ratgeber des

Bischofs hat die Arbeitsstelle gewechselt“) oder mutmaßliche Verstöße gegen die DDR-Devisengesetze. Der Spitzel schwärzte auch eine Glaubensschwester an. Sie setze „alle ihre Wünsche ohne Hemmungen durch und versucht, in den Besitz freikonvertierbarer Währung zu kommen“. Noch im August 1989 intervenierte Goliassch gegen Westreisen von Mormonen „um ein Ausufern der Reisepraxis zu verhindern“.

Nicht nur als Berichterstatter für die DDR-Zeitung „Neuer Weg“ besuchte Goliassch im Wendejahr 1989 den Leipziger Kirchentag. Akribisch referierte „Henri Guhl“ seinem Führungsoffizier, wer was gesagt hatte. Den Vortrag eines schwedischen Bischofs rapportierte er fast wörtlich. Detailliert schilderte der IM auch die Karriere eines ehemaligen Gewerkschaftsfunktionärs, der, weil er „wegen seiner Auffassungen von Welt und Mensch keine Berufschancen mehr hatte“, als



Leipziger Kirchentag (1989): „Henri Guhl“ schrieb mit

Dozent an ein theologisches Seminar gewechselt war.

Als die ersten Details durchsickerten, ließ die Dresdner Unionsspitze diskret in Berlin nachfragen, ob das neue Material denn tatsächlich so belastend sei. Mitte Februar übersandten schließlich die Gauck-Rechercheure, mittlerweile ziemlich sauer über die sächsische Gangart im Fall Goliassch, die neuen Akten-Stücke als „Mitteilung ohne Ersuchen“ an den Landtagspräsidenten.

Goliassch räumt mittlerweile gegenüber Parteifreunden ein, er sei „zu redselig gewesen“. Er sei enttäuscht, daß Steinberg die „privaten Gespräche“ weitergemeldet habe. Zudem habe er seine Mormonenfreunde über die Kontakte zum Staatsapparat informiert.

Nun muß sich der Bewertungsausschuß doch noch mit der Karriere des IM „Henri Guhl“ beschäftigen. Sogar eine Anhörung Goliasschs wird neuerdings erwogen. Nur der Termin ist noch offen – noch nicht alle Abgeordneten haben Zeit gefunden, die Spitzelberichte zu lesen. ♦